

Franz Groll

Von der Finanzkrise



zur solidarischen Gesellschaft

Visionen für eine zukunftsfähige
Wirtschaftsordnung

VSA

gemeinsam verlegt mit
Publik-Forum *Edition*

Franz Groll
Von der Finanzkrise
zur solidarischen Gesellschaft

Franz Groll, von Beruf Maschinenschlosser und Ingenieur, kündigte nach 26jähriger Tätigkeit bei der IBM, um für die Diözese Jérémie in Haiti ein Berufsausbildungszentrum aufzubauen. Heute ist er aktiv bei attac und bei der Partei DIE LINKE.

Franz Groll

Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft

Vision einer neuen Wirtschaftsordnung
für Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und Frieden

VSA: Verlag, gemeinsam verlegt mit Publik-Forum Edition

www.vsa-verlag.de

www.publik-forum.de

© VSA-Verlag 2009, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg,
gemeinsam verlegt mit Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH,
Kreismühle, 61440 Oberursel
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Fuldaer Verlagsanstalt
ISBN 978-3-89965-356-4

Inhalt

Vorwort	8
Kapitel 1	
Der Klimawandel zwingt uns zum Handeln	14
Kapitel 2	
Grundsätze für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik	23
Kapitel 3	
Klimaschutzpolitik im gegenwärtigen Wirtschaftssystem	32
Kapitel 4	
Mit der Kreativität aller Menschen zum Klimaschutzziel	49
Kapitel 5	
Ein Blick zurück – zur Geschichte der Wirtschaft und der Gesellschaftsformen	61
Kapitel 6	
Bewertung der bisher praktizierten Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme	89
Kapitel 7	
Wie durch Arbeit Kapital entsteht – Die Funktionsweise der Wirtschaft	96
Kapitel 8	
Leitlinien für eine solidarische, zukunftsfähige Gesellschaft	118
Kapitel 9	
Konkrete Vorschläge für ein postkapitalistisches Wirtschaftssystem ...	141
Kapitel 10	
Die Wirtschaft gehört uns allen – die solidarische Betriebsverfassung	164

Kapitel 11	
Das Steuersystem und die soziale Sicherung – Ausdruck gelebter Menschlichkeit	169
Kapitel 12	
Die Agrarpolitik der solidarischen Gesellschaft	178
Kapitel 13	
Alternativen zur Überwindung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise	187
Kapitel 14	
Der Weg zur solidarischen Gesellschaft	204
Süße Früchte: Gerechtigkeit und Frieden	219
Literatur	221

Dieses Buch widme ich allen Menschen, denen bewusst ist, dass unser derzeitiges Wirtschaftssystem, der neoliberale Kapitalismus, unsozial, unsolidarisch und nicht zukunftsfähig ist, und die deshalb nach einer ökologisch-sozialen Alternative suchen.

Es sind die Mitglieder und UnterstützerInnen der Umweltschutzverbände, der globalisierungskritischen Bewegungen, der Weltläden, der Entwicklungsorganisationen, der Friedensbewegungen, der Gewerkschaften, der christlichen Vereinigungen und Verbände, HumanistInnen, WissenschaftlerInnen und alle anderen, denen klar geworden ist, dass der von den Wirtschaftswissenschaften, den PolitikerInnen und den Unternehmensverbänden aufgezeigte Weg mit anhaltendem Wachstum ein Weg in die Sackgasse, schlimmer noch, ein Weg in den Abgrund ist.

Ich möchte mit diesem Buch einen Beitrag leisten, damit wir aus dieser Sackgasse herausfinden und noch rechtzeitig unsere Wirtschaftsweise so umstellen, dass der Klimawandel gestoppt und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird.

Mein Dank gilt meiner lieben Frau Marie-Josée, die aufgrund ihres Philosophie- und Theologiestudiums mein technisch-naturwissenschaftliches Denken ergänzt und mir, in unserem 40-jährigen gemeinsamen Leben, neue Horizonte erschlossen hat.

Vorwort

Bis zum Spätsommer 2008 war der Klimawandel das wohl beherrschende Thema der politischen Diskussion. Von da an wurde es schlagartig von der Finanzkrise und die dadurch entstehende Weltwirtschaftskrise verdrängt. Beides, der Klimawandel und die Finanz- und Wirtschaftskrise, sind Folgen unseres gegenwärtigen gesellschaftlichen Systems: des Kapitalismus. Er bzw. seine Protagonisten haben sich in der Vergangenheit als sehr anpassungsfähig erwiesen und vieles deutet darauf hin, dass diesmal erneut durch flexibles Handeln und rhetorische Zugeständnisse versucht wird, einen Systemwechsel zu verhindern und den Kapitalismus zu retten. Doch es ist offenkundig: In der gegenwärtigen Krise kann dies nicht wie in vergangenen Krisen erfolgen, denn der Klimawandel ist nicht wie ein Konjunkturzyklus eine vorübergehende Erscheinung. Er ist existenziell und zwingt uns zu grundlegenden Veränderungen.

Die Berichte des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) des letzten Jahres haben mich (und hoffentlich nicht nur mich) aufgeschreckt: Die Kernbotschaft ist: Der Klimawandel vollzieht sich offensichtlich wesentlich schneller, als es bisher erwartet wurde. Und wahrscheinlich sind die Veränderungen in Wirklichkeit noch drastischer, wenn man bedenkt, dass die Berichte zurückhaltend formuliert sind, damit alle Staaten – auch die USA unter der Bush-Administration – ihre Zustimmung geben konnten. Tatsächlich wurden die früheren Prognosen von der Realität übertroffen.

Bis zur Veröffentlichung der jüngsten IPCC-Berichte war ich, was die Lösung der ökologischen Probleme angeht, ein Anhänger marktwirtschaftlicher Steuerungsmethoden. Sie regen die Kreativität der Wirtschaft und der Verbraucher an und führen so zu Lösungen, an die man vorher gar nicht gedacht hatte. Ich habe deshalb schon 1977 die Besteuerung aller Energierohstoffe vorgeschlagen und ein Jahr später die Besteuerung aller natürlichen Ressourcen. Je länger der ökologische Umbau unserer Wirtschaftsweise hinausgeschoben wurde, desto dringender wurde es, marktwirtschaftliche Methoden durch ordnungspolitische Maßnahmen zu ergänzen, da marktwirtschaftliche Methoden nur langsam zu wirken beginnen. Ordnungspolitische Maßnahmen sind aber nur dort sinnvoll, wo ihre Einhaltung ohne großen Aufwand überwacht werden kann. Die Berichte des IPCC machen deutlich, dass die Reduzierung des Ausstoßes an klimaschädlichen Gasen in solch

umfangreichen Ausmaßen und in solch kurzer Zeit erfolgen muss, dass zu befürchten ist, dass die bisher bekannten marktwirtschaftlichen Methoden und ordnungspolitischen Maßnahmen nicht ausreichen werden, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Es wurde ermittelt, dass bis 2050 der jährliche Ausstoß an klimaschädlichen Gasen auf zwei Tonnen CO₂ (äquivalent) pro Person reduziert werden muss. Für Deutschland bedeutet das eine Reduzierung um 84% in 42 Jahren oder eine nahezu dreimalige Halbierung alle 15 Jahre. Das ist wohl die größte Herausforderung, vor der wir je standen.

Die Erreichung der Klimaschutzziele ist nicht nur ein technisches Problem, es ist auch ein volkswirtschaftliches und soziales Problem, weil es Klimaschutz nicht zum Nulltarif gibt. Es sind riesige Investitionen erforderlich, die in der Regel nicht die Produktivität der Arbeit steigern und sich auch nur zum Teil durch Material- oder Energieeinsparungen amortisieren. Diese Investitionen werden also zusätzliche Kosten verursachen, die zu Preissteigerungen führen werden. Solange noch Arbeitslosigkeit herrscht, kann ein Teil dieser Preissteigerungen durch sinkende Sozialbeiträge kompensiert werden, da für die erforderlichen Investitionen mehr Arbeitskräfte benötigt werden, was wiederum sinkende Sozialtransfers zur Folge hat.

Sozial brisant wird es jedoch, wenn die Vollbeschäftigung erreicht ist und die Preise aufgrund der Klimaschutzinvestitionen, steigender Rohstoffkosten oder aufgrund der Kosten durch den CO₂-Emissionshandel weiter steigen. Das führt somit zu Reallohnverlusten, da die geringen Produktivitätsfortschritte der Arbeit nur noch wenig Spielraum für preisneutrale Lohnerhöhungen lassen. Die Kapitaleinkünfte indessen nehmen rasch zu, weil für die Klimaschutzinvestitionen Kapital gefragt sein wird. Wenn sodann aufgrund des demografischen Wandels zusätzlich höhere Belastungen auf die Beschäftigten abgewälzt werden, ist mit sozialen Spannungen oder gar Unruhen zu rechnen.

Zu Beginn des ökologischen Umbaus wird es aufgrund der Klimaschutzinvestitionen zu einem wirtschaftlichen Wachstum kommen, denn durch die steigende Beschäftigtenzahl, bedingt durch die höheren Investitionen, steigt die Wertschöpfung und die Nachfrage. In dieser Phase wird der Kapitalismus eine vorübergehende Renaissance erleben. Wenn aber die Vollbeschäftigung aufgrund der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften und wegen der demografischen Entwicklung erreicht ist, die Produktivitätssteigerung der Arbeit aufgrund der Priorität für den Klimaschutz merklich zurückgeht – vielleicht sogar überhaupt nicht mehr steigt oder gar sinkt –, wird es mit dem Wachstum vorbei sein. Es ist, zumindest in Deutschland, ab Anfang der 2020er Jahre sogar mit einer wirtschaftlichen Schrumpfung zu rechnen, denn von 2020 bis 2034 ist wegen der demografischen Entwicklung mit einem Arbeitskräfterrückgang um etwa 1,1% pro Jahr zu rechnen. Da die Produk-

tivitätssteigerung bei sinkendem Trend heute schon nur bei 1,1% liegt, wird dieser Arbeitskräfteverlust zu einer Schrumpfung der Wirtschaft führen, was für eine kapitalistische Wirtschaft verheerende Folgen haben wird.

Ein ökonomisches Wachstum wird auch aus technischen Gründen nicht mehr möglich sein. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir, wie oben dargestellt, unseren CO₂-Ausstoß alle 15 Jahre halbieren. Wegen der derzeitigen großen Verschwendung, wird die erste Halbierung möglicherweise auch dann erreichbar sein, wenn die Wirtschaft sich noch in einer Wachstumsperiode befindet. Der durch das Wachstum bedingte Mehrausstoß an CO₂ muss zwar zusätzlich reduziert werden, was bei der ersten Halbierung noch realisierbar erscheint.

Danach wird es jedoch immer schwieriger werden, weitere Fortschritte zu erzielen. Ein wirtschaftliches Wachstum würde die Erreichung der Ziele erschweren, weil der durch Wachstum erhöhte CO₂-Ausstoß zusätzlich reduziert werden müsste. Es wird also der Punkt erreicht werden, an dem ein Wachstum auch aus ökologischen und technischen Gründen nicht mehr möglich sein wird.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die letzten beiden Stufen der Klimaschutzziele (zweite und dritte Halbierung des CO₂-Ausstoßes) nur durch eine substantielle Veränderung des Konsumverhaltens erreichbar sind, was die wirtschaftliche Entwicklung aber bremsen wird.

So sehen es auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die katholischen Bischöfe in ihrer Schrift »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« von 1997. In ihr heißt es: »So wird das Ziel der Nachhaltigkeit ganz sicher verfehlt, wenn das durchschnittliche Konsumniveau in den Industrieländern weiter steigt. Deshalb muss das Bewusstsein dafür steigen, dass mehr Lebensqualität heute kaum noch durch *mehr* und *schneller* zu erreichen ist, sondern in wachsendem Maße durch *weniger* und *langsamer* und *bewusster*. Derart veränderte Lebensstile werden sich vermutlich nur dann verbreiten, wenn deutlich wird, dass ein Leben, das die Mit- und Umwelt schont, neue Qualitäten hat.«

Spätestens, wenn unsere Wirtschaft ohne Wachstum auskommen muss, allerspätestens dann brauchen wir ein postkapitalistisches Wirtschaftssystem, das auch ohne Wachstum oder sogar bei schrumpfender Wirtschaft stabil ist und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Aus den oben beschriebenen sozialen Gründen wird sich indes schon früher eine postkapitalistische, eine solidarische Gesellschaftsform durchsetzen, weil sich sonst die Armut und der Reichtum in einer nicht mehr hinnehmbaren extremen Form entwickeln würden.

Seit September 2008 gibt es noch einen zweiten Grund, der zu einem schnelleren Wandel hin zu einer postkapitalistischen Gesellschaft führen

kann, als wir uns das bisher vorstellen konnten: Es ist die Finanzkrise und die damit einhergehende weltweite Wirtschaftskrise.

Im Augenblick ist es noch nicht absehbar, wie sich die Krise weiter entwickeln wird. Es ist zu hoffen, dass es gelingt, die Wirtschaft vor einer Depression zu bewahren und sie möglichst schnell auf einen ökologischen Pfad zu bringen. So würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Der wirtschaftliche Niedergang könnte einerseits verhindert, oder zumindest reduziert und der Klimaschutz könnte andererseits mit der notwendigen Dringlichkeit eingeleitet werden.

Wichtig ist dabei zu beachten, dass all diese Maßnahmen nicht zulasten der Gering- und Normalverdiener gehen. Es kann und darf nicht sein, dass sie in mehrfacher Hinsicht die Leidtragenden der neoliberalen Politik der letzten Jahre werden. So viel steht fest: Der eigentliche Grund für die Finanzkrise ist die neoliberale Politik, die die Gewinnmaximierung zum obersten Ziel allen Wirtschaftens erklärt, ganz gleich, ob dabei reale Werte geschaffen werden oder nicht. Diese Politik war in Deutschland begleitet von Reallohnverlusten und Sozialabbau, es fand eine beispiellose Umverteilung von unten nach oben statt. Die neoliberale Ideologie wurde in den letzten 25 Jahren in einer koordinierten Kampagne von WirtschaftsvertreterInnen, PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und den Medien zur herrschenden Lehrmeinung hochstilisiert, bis sie schließlich von einer Mehrheit der Bevölkerung als alternativlos akzeptiert wurde.

Die hohen Gewinne führten zu einer gewaltig ansteigenden Geldmenge, die zusätzlich durch eine expansive Geldpolitik, insbesondere von der amerikanischen Notenbank (Fed), gesteigert wurde. Durch den Wettlauf der Staaten um die niedrigsten Steuersätze, insbesondere für Unternehmens- und Kapitaleinkommen, aber auch für Gutverdienende, wurde die Überliquidität verstärkt. Da die Wirtschaft, bedingt durch die hohen Gewinne, wenig Fremdkapital benötigte, floss das Geld in spekulative Anlagen. Die Folge war die Entstehung von immer größeren Finanzblasen, die in immer kürzeren Abständen platzten und zu Krisen führten.

Mit der jetzigen Krise ist ein neuer Krisenhöhepunkt erreicht, der hoffentlich zu der Erkenntnis führt, dass die neoliberale Politik ein Irrweg ist und die Menschen zu einem definitiven, grundsätzlichen Wandel veranlasst. Barack Obama hat die US-Präsidentschaftswahlen mit der Forderung nach einem Wandel (change) gewonnen. Was er darunter versteht, wissen wir noch nicht und was die bisher Mächtigen ihm an Veränderung zugestehen, werden wir sehen.

Von unseren PolitikerInnen der etablierten Parteien in Deutschland ist mit Sicherheit kein nennenswerter Wandel zu erwarten. Hierfür gibt es viele deutliche Hinweise. So sollte z.B. Hans Tietmeyer zum Vorsitzenden der Kom-

mission ernannt werden, die Vorschläge für eine Reform der Finanzmärkte erarbeiten soll. Eben jener also, der in einem Anflug von Ehrlichkeit oder Überheblichkeit (oder beides) als Chef der Bundesbank die Meinung vertreten hat, dass die Politik unter der Aufsicht der Finanzmärkte steht – und er fand, das sei offensichtlich ganz in Ordnung so! Welche Reformen wären von ihm zu erwarten?

Auch das neu ausgehandelte Erbschaftssteuergesetz ist ein weiterer Beleg dafür, dass zwar verbal neue Töne zu vernehmen sind, dass sich allerdings in der Realität gar nichts ändert, im Gegenteil: Statt mit einer Erhöhung der Erbschaftsteuer die ersten Schritte zu einer Verkleinerung der Kapitalblase einzuleiten, wird die Steuerlast reduziert und damit die Kapitalblasenbildung verstärkt! Und jüngst war in der Zeitung zu lesen, dass sich die Junge Union als die »Bastion für Wirtschaftsliberalismus und Konservatismus innerhalb der Unionsparteien« sieht. »Mit der Mitte werden wir die Herzen der JU-Leute nicht erwärmen«, meinte zudem ihr Bundesvorsitzender. Das sind ja wirklich schöne Aussichten für die Zukunft.

Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass die Regierung mit der Rettungsaktion zur Stabilisierung der Finanzmärkte bei den WählerInnen sogar punkten konnte. Die Regierung und die etablierten Parteien, die allesamt die neoliberale Politik nach Kräften unterstützt haben, werden nicht abgestraft, sie bekommen sogar Lob dafür, dass sie ihre falsche Politik mit einem 500 Mrd.-Euro-Paket zulasten der BürgerInnen »gerettet« haben, um sie nach der Krise wieder fortsetzen zu können. Ohne die Unterstützung der Medien wäre das undenkbar.

Der Fall ist klar: Der dringend notwendige Wandel hin zu einer solidarischen, zukunftsfähigen Gesellschaft wird eine »schwere Geburt« werden, denn die Mächtigen und einflussreichen Kapitalbesitzer und ihre Organisationen werden sich dagegen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren.

Damit es aber überhaupt zur Geburt einer neuen, solidarischen Gesellschaft kommen kann, muss sie als Idee gezeugt werden, muss eine Vision dieser zukunftsfähigen Gesellschaft entworfen werden und es muss ein Weg aufgezeigt werden, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Dazu möchte ich mit diesem Buch einen Beitrag leisten. Es wird eine postkapitalistische, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft beschrieben und es wird darüber hinaus der Weg aufgezeigt, wie diese Gesellschaft »zur Welt« gebracht werden kann.

Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass Sie nicht mit allem einverstanden sind, was ich vorschlage. Wenn es anders wäre, würde mich das wundern. Ein solches Werk kann unmöglich allein von einer einzelnen Person entworfen werden. Aber vielleicht festigt dieses Buch bei Ihnen die Einsicht, dass

es so wie bisher nicht weitergehen kann und bringt Sie zu verstärktem Nachdenken. Und wenn aus dem Nachdenken neue, bessere Lösungen entstehen, die zu neuen Aufbrüchen führen, so hat dieses Buch seinen Zweck erfüllt.

Ich hoffe dabei auch auf Unterstützung durch Institutionen, Vereinigungen, Gewerkschaften und die Kirchen. Letztere haben mit ihrer Schrift »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« von 1997 einen hoffnungsvollen Anfang gemacht.

Vielleicht finden Sie auch manches von dem, was ich schreibe, als viel zu idealistisch. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Sie mit der Kritik nicht ganz unrecht haben. Aber: Wenn wir wirklich etwas substantziell verändern und die riesigen Probleme lösen wollen, dann müssen wir ganz neue Wege gehen. Auch solche, die uns heute noch als illusorisch erscheinen. Nur wenn wir uns sehr viel zutrauen, werden wir auch viel erreichen.

Auf alle Fälle geht eine mehr als 200-jährige Periode des *Mehr* und des *Wachstums* zu Ende. Wir stehen an einer grundsätzlichen Wende. Wenn wir diese Wende nicht aktiv gestalten, droht uns Ungemach.

Wir haben nur noch sehr wenig Zeit zum Handeln!

Franz Groll
Gechingen im November 2008

Süße Früchte: Gerechtigkeit und Frieden

Ende Juni 2008 waren meine Frau und ich bei einem *Fest der Alten Musik auf der Comburg* bei Schwäbisch Hall, das anlässlich der 900-Jahrfeier des ehemaligen Klosters Kleincomburg gefeiert wurde. Beim Jubiläumsgottesdienst wurde die Bibelstelle Jesaja 5,1-7 verlesen. Sie handelt von einem Winzer, der einen neuen Weinberg auf gutem Grund anlegte. Er umgibt den Weinberg mit einer Mauer, damit die Weinstöcke und die erwarteten süßen Trauben gut geschützt sind. Der Winzer wird aber schwer enttäuscht: Die Reben tragen nur saure Früchte. Er lässt die Mauern einreißen und überlässt den Weinberg seinem Schicksal, mögen die Dornen von ihm Besitz ergreifen und die Menschen achtlos die Weinstöcke niedertrampeln. Der Prophet Jesaja prangerte mit diesem Gleichnis die Rechtsbrüche und die Ungerechtigkeit im damaligen Israel an.

Bei der anschließenden Predigt ermahnte der Pfarrer die Gottesdienstbesucher, diesen Text auch auf heute zu beziehen und forderte alle auf, dafür Sorge zu tragen, dass süße Trauben gedeihen – nämlich Gerechtigkeit und Frieden.

Gerechtigkeit und Frieden sind die (süßen) Früchte einer solidarischen Gesellschaft. Oft sehr sauer sind unsere Früchte der kapitalistisch geprägten Gesellschaft: Armut inmitten der Überflussgesellschaft; Ausgegrenzte aus der Arbeitswelt, der Möglichkeit beraubt, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen und für sich und für andere Werte zu schaffen und Anerkennung zu erhalten; Kinder, denen die Zukunft schon verstellt ist, bevor ihr Leben richtig beginnt – keinen Ausbildungsplatz, keine Zukunftsperspektive, keine Zuneigung, nur das Gefühl des Nichtgebrauchtwerdens. Oft unmenschlich auch der Stress am Arbeitsplatz, nicht selten führt er zur Arbeitsunfähigkeit! Warum? Wozu? Wie lange noch? Noch schlimmer ist das Elend in vielen ehemaligen Kolonialländern, in denen wir Europäer die gewachsenen Strukturen zerstört und oft nur Chaos hinterlassen haben.

Wie viele menschliche Schicksale hat unsere Gesellschaft auf dem Gewissen?! Hat sie ein Gewissen? Haben die Verantwortlichen unserer Gesellschaft, unsere PolitikerInnen ein Gewissen? Wenn ja, durch wen wird es beeinflusst? Was ist ihnen wichtiger – das Wohlbefinden aller Mitglieder oder die guten Geschäfte.

Wo bleibt der Aufschrei und die permanente Mahnung und Zurechtweisung der (christlichen) Kirchen? Entspricht unsere Gesellschaft den Idea-

len der Christlichen Lehre? Und wenn nicht, wo bleiben die Forderungen der Kirchenleitungen? Es reicht nicht, wenn dazu nur gelegentlich bei einer Predigt oder in einer schriftlichen Verlautbarung eine Stellungnahme abgegeben wird. Die Kirchen müssen dies immer wieder aufs Neue von den PolitikerInnen einfordern. Das gemeinsame »Wort« des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz von 1997 war und ist hierzu vorbildlich. Leider haben die späteren Veröffentlichungen nicht mehr diese Qualität. Die Repräsentanten der Kirchen sind offensichtlich auch vom Zeitgeist beeinflussbar. Das ist sehr schade, weil auf diese Weise die Kirche ihre Kraft und Autorität verliert. Sie muss das Salz der Erde bleiben, die moralische Instanz, die sich konsequent für Gerechtigkeit und Frieden einsetzt, so wie es uns Christus und die Propheten aufgetragen haben. Die Kirche muss der Anwalt der Armen bleiben. So wie das schon im Alten und Neuen Testament der Fall war.

Die Kirchen müssen für die Armen Partei ergreifen, für die über 800 Mio. Menschen, die nie genügend zu essen bekommen. Wo bleibt die Verurteilung der Staatsmänner und -frauen, die für die alljährliche Ausgabe von 1.000 Mrd. US-Dollar für das Militär verantwortlich sind, aber nichts oder fast nichts zur Überwindung des Hungers in der Welt tun? Warum empfängt der Papst einen Präsidenten, der allein für die Hälfte dieser Militärausgaben und für die meisten Kriege um die Rohstoffreserven verantwortlich ist? Christus hat auch mit den Sündern und Zöllnern gesprochen – das ist wahr. Doch hat er sie zur Umkehr ermahnt und diese Umkehr auch bewirkt. Da haben die Kirchen noch einen großen Acker zu bestellen.

Gerechtigkeit und Frieden – das sind auch die zentralen Forderungen der neuen Partei DIE LINKE. Es ist ein geschichtliches Unglück, dass im 19. Jahrhundert die christlichen Kirchen und die »Linken« in eine Gegnerschaft geraten sind, die sich leider bis heute auf beiden Seiten in Vorurteilen festgesetzt hat. Ich hoffe, dass sich dies bald überwinden lässt.

Gerechtigkeit und Frieden sind auch die zentralen Anliegen der Humanisten. Wo sind sie – gibt es sie noch? Die Philosophen, die Schriftsteller, die Nobelpreisträger, die Friedensforscher, die Geologen, die Biologen, die Soziologen, die Klimaforscher – wann werden sie die Welt aufrütteln und den PolitikerInnen, den Ökonomen und den Verantwortlichen der Wirtschaft sagen, was notwendig ist, um die bestehende und die noch viel größere zu erwartende Not abzuwenden.

Die Zeit drängt!